

Ein mörderisches Land

In den USA werden mehr Menschen erschossen als in jeder anderen reichen Demokratie. Daran ändern auch schärfere Waffengesetze nichts.

13.03.2010 von Peter Haffner

Die Schweiz steht bei Amerikas Waffennarren in hohem Ansehen. Ob an einer der auf dem Land üblichen «Gun Shows» oder im Gespräch mit militanten Rechtsextremen, die Gesichter leuchten auf bei der Erwähnung, man sei Schweizer. Die Schweiz, heisst es, sei ein freies Land, wo jeder sein Gewehr zu Hause habe, während in den USA der Staat einem das Recht streitig mache, sich selber zu verteidigen.

Nicht nur in der Schweiz sieht man das anders. Schulschiessereien mit immer mehr Toten, mehr Leute im Gefängnis als irgendwo sonst auf der Welt ô Amerika gilt als das Land, das aufgrund lascher Waffengesetze Probleme hat, seine Bürger zu zivilisieren. Würde man den Besitz von Schusswaffen verbieten oder zumindest stark erschweren, könnte viel Unglück vermieden werden.

Die Hoffnungen, damit würde endlich Ernst gemacht, ruhten auf Barack Obama, und die Waffenlobby schlug denn auch Alarm, als er ins Weisse Haus einzog. Sie durfte sich bald beruhigen. Mittlerweile haben mehrere Bundesstaaten die Waffengesetze lockern können, ohne dass Washington sie daran hinderte. Darunter Virginia, dessen Technische Hochschule vor drei Jahren Schlagzeilen machte, als der Student Cho Seung-Hui ein Massaker anrichtete, das 33 Todesopfer forderte. Nun haben Virginias Gesetzgeber das Verbot für Einzelpersonen aufgehoben, mehr als eine Schusswaffe pro Monat zu erwerben, und es zudem erlaubt, sogenannte versteckte Waffen auch in Lokalitäten zu tragen, die Alkohol ausschenken. Andere Staaten fahren einen ähnlichen Kurs, und Präsident Obama selber hat im vergangenen Jahr Gesetze unterzeichnet, die es gestatten, Waffen in Nationalparks zu tragen und im Bahngepäck mitzuführen.

Der Weg ist frei

Als sei dies nicht genug, zeigt sich die Mehrheit des Supreme Court jetzt bereit, das in Chicago geltende Handfeuerwaffen-Verbot für verfassungswidrig zu erklären. Die Instanz, eine der drei Säulen der US-Demokratie, wird damit den Weg frei machen für eine weitere Lockerung der Waffenbestimmungen im ganzen Land. Das Urteil ist im Juni fällig, doch die Mehrheitsverhältnisse stehen nach der erfolgten öffentlichen Beratung des Falles «McDonald v. Chicago» bereits fest.

Damit sei, fürchten manche, die Chance verpasst, die grassierende Gewalt in den Griff zu bekommen. Die Fakten sind nicht zu bestreiten. Die Vereinigten Staaten verzeichnen die höchste Mordrate unter allen wohlhabenden Demokratien, sechsmal so hoch wie Deutschland und fast viermal so hoch wie Frankreich oder Grossbritannien; Länder, unter denen auch die Schweiz rangiert. Selbst im Vergleich zu armen Nationen wie Indien ist sie hoch, und übertroffen wird sie nur von Staaten wie Südafrika und einigen Ländern Zentral- und Südamerikas. Die Aussichten lassen einen schauern: Eines von 142 heute in Amerika geborenen Kindern, folgt aus der Statistik, wird im Laufe seines Lebens ermordet werden. Das ist der Durchschnitt ô von den farbigen Knaben wird es gar einer von 27 sein. Die Interpretation des Tatbestandes ist indes weniger eindeutig, auch wenn man um Erklärungen nie verlegen war. Einmal ist es der Waffenbesitz, ein ander Mal die

Arbeitslosigkeit oder die Immigration, die als Gründe für die Gewalt angeführt werden. Das Bestreben, einen Einzelfaktor zu isolieren, befriedigt das Bedürfnis nach intellektueller Beruhigung und praktikablen Lösungen, führt jedoch im Unterschied zu den Naturwissenschaften in «weichen» Wissenschaften wie der Historie, Soziologie oder Psychologie selten zur Erkenntnis. Denn Amerikas Mordrate ist seit über einem Jahrhundert konstant hoch, obschon sich die Gesellschaft in dem Zeitraum radikal verändert hat.

Warum?

Ebenso wenig gibt eine Untersuchung der Motive her. Dass jemand zur Waffe greift, weil er beschimpft, bedroht oder betrogen wurde, sagt etwas über den unmittelbaren Auslöser der Tat, aber nichts darüber, was ihn bewogen hat, eine Grenze zu überschreiten, die andere respektieren. Konflikte gehören zum Alltag, und man kann sie auch austragen, ohne dass eine Partei dabei ihr Leben einbüsst.

Um den Erklärungsnotstand zu beheben, wird gerne zu Verallgemeinerungen gegriffen. Der Mörder wird überwiegend Männer wird nicht mehr als Individuum gesehen, das einen Entscheid gefällt hat, sondern als Angehöriger einer unterprivilegierten Rasse oder Ethnie, als Opfer der Armut oder der Drogen oder einem Konglomerat von alledem, wenn nicht ganz einfach als Teil eines Konstrukts, das keiner weiteren Erläuterungen bedarf wie etwa das «Ghetto», der «Süden» oder der «Wilde Westen». Solche Generalisierungen sind trügerisch gerade deshalb, weil sie zur Hälfte wahr sind. Doch etwa in der Wirtschaftskrise der Dreissigerjahre, als die städtische Armut gross war wie nie, sank die Mordrate in den meisten Orten. Wenn Armut die Ursache sein soll, warum wird dann nicht zu allen Zeiten und in allen armen Gegenden viel gemordet? Wenn Rasse der Grund ist, weshalb mordeten dann vor 1890 weniger Schwarze als Weisse, obwohl sie mehr unter der Rassendiskriminierung litten als heute, wo das Verhältnis genau umgekehrt ist? Und warum, ist die grosse Frage, nehmen die USA, die im frühen 19. Jahrhundert die niedrigste Mordrate aller westlichen Gesellschaften hatten, nun den unrühmlichen Spitzenplatz ein?

Mehr Gerettete

Europäische Wissenschaftler nennen als Grund gern den von Norbert Elias angeführten «Zivilisationsprozess», der in Amerika, im Unterschied zu Europa, weniger weit fortgeschritten sei. Die Kritik fügt sich in den Tenor des Überlegenheitsgefühls, das seit mehr als zwei Jahrhunderten in der europäischen Geisteswelt vorherrscht. Pieter Spierenburg zum Beispiel, Professor für Historische Kriminologie an der Erasmus Universiteit Rotterdam, meint in seinem Buch «A History of Murder: Personal Violence in Europe from the Middle Ages to the Present», seit dem Mittelalter seien die Mordraten in Europa stetig zurückgegangen. Er schreibt dies dem Machtzuwachs des Zentralstaates zu, der die Bürger entwaffnete, Recht und Ordnung Nachachtung verschaffte und damit ein Gewaltmonopol ausübte. Als die europäischen Staaten zu Demokratien wurden, so sein Argument, hätten die Völker die Autorität des Staates längst akzeptiert, während die amerikanische Revolution die Bewohner der Neuen Welt mit der Demokratie überrumpelte, bevor sie sich mit der Idee eines staatlichen Gewaltmonopols hatten anfreunden können. Daher beanspruchten Amerikaner noch heute nicht nur das Recht, eine Waffe zu tragen, sondern legten auch sonst mittelalterliche Manieren an den Tag wie Impulsivität, Rohheit und die Treue zu einer «Kultur der Ehre». Amerikaner sind, kurz gesagt, rückständig, weil sie die Freiheit erlangten, bevor sie damit umzugehen wussten. Der Schwachpunkt der Zivilisationsthese, was die Mordbereitschaft betrifft, ist das Leugnen von Fortschritten der Medizin. Zwar starben im mittelalterlichen Europa jährlich rund 35 von 100 000 Personen an den Folgen eines Mordanschlags, während es heute weniger als zwei sind. Doch man darf annehmen, dass drei von vier Personen, die vor 1850 zu Opfern wurden, mit heutiger Medizin gerettet worden wären und somit nicht in der Todesstatistik auftauchen würden dank modernen

Notfalldiensten, Bluttransfusionen, Unfallchirurgie und Antibiotika. Der Mensch ist, so der ernüchternde Schluss, viel erfolgreicher im Leben retten als früher, aber kaum weniger gewalttätig.

Die Frage bleibt, woher die hohe Mordrate in den USA kommt. Sie war von Anbeginn höher, schwankte aber zeitweilig stark. Mitte des 19. Jahrhunderts kam die dramatische Wende; während sie in Europa sank, stieg sie in Amerika. In dieser Zeit öffnete sich der Graben, und um 1900 war der Status gefestigt. Nur in den Fünfzigerjahren wurde weniger gemordet, doch mit sechs bis neun Mordopfern auf 100 000 Einwohner blieb die Rate über ein Jahrhundert mehr oder minder konstant hoch. Der amerikanische Historiker Eric Monkkonen nannte in seinem Essay «Homicide: Explaining America's Exceptionalism» vier Faktoren, die das Auseinanderklaffen der USA und Europas bewirkten: die Mobilität, die soziale Bindungen zerstört; der Föderalismus, der eine schwache Regierungsform ist; die Sklaverei, die mit dem Kult der Gewalt seitens weisser Südstaatler Amerika insgesamt infizierte; und schliesslich die einstige Bereitwilligkeit amerikanischer Gerichte, bei Rassenmorden und Beziehungsdelikten ein Auge zuzudrücken.

Entfremdete Bürger

In seinem eben erschienenen Buch «American Homicide» sucht der an der Ohio State University lehrende Historiker Randolph Roth eine neue Erklärung. Roth hat Zehntausende von Mordfällen studiert, von der Kolonialzeit bis heute. Dabei machte er sich eine Erkenntnis des Kriminologen Gary LaFree zunutze, der die Morde der vergangenen fünfzig Jahre in seinem Buch «Loosing Legitimacy: Street Crime and the Decline of Social Institutions in America» analysiert hatte. LaFree fand heraus, dass unter all den Variablen lediglich zwei zuverlässig mit den Mordraten korrelieren: das Mass des Vertrauens, welches das Volk in die Regierung hat, sowie sein grösserer oder geringerer Glaube an die Ehrlichkeit der gewählten Amtspersonen. Die Mordraten sinken, je höher das Ansehen von Regierung und Behörden ist, und sie steigen, wenn dieses schwindet – wie in den späten Sechzigerjahren, der Zeit des Vietnamkrieges, und den frühen Siebzigerjahren, Nixons Fall im Watergate-Skandal. Fühlen die Bürger sich geschützt, respektiert und mit ihren Mitbürgern verbunden, gehen sie einander seltener an die Gurgel. LaFree suchte mit seinen Forschungen Fachkollegen zu widerlegen, die etwa die demografische Entwicklung der Nachkriegszeit als Grund für die Schwankungen der Mordrate angeführt hatten. Sie spielt zwar eine Rolle, aber nicht die entscheidende. Da sowohl Opfer wie Täter meist junge Männer sind, wird mehr gemordet, wenn deren Anteil an der Bevölkerung hoch ist; so etwa, als die «Baby Boomer» ins entsprechende Alter kamen. Nach der 1973 erfolgten Legalisierung der Abtreibung hingegen gab es weniger Morde in den Neunzigern, weil weniger junge, und zumal aus problematischen Verhältnissen stammende, Männer auf dem «Kriminalitätsmarkt» waren. Roths Werk, das Gary LaFrees These auf eine sich über vier Jahrhunderte erstreckende Epoche anwendet, ist die umfassendste Studie zum Thema. Die Auseinandersetzungen um die Sklaverei und Immigration, der Rückgang der selbstständigen Erwerbstätigkeit und der Aufstieg der industrialisierten Städte hatte die Bürger von der Regierung wie auch ihren unmittelbaren Nachbarn entfremdet. Das Versprechen der «letzten Hoffnung auf dieser Erde», wie Abraham Lincoln Amerika genannt hatte, machte einer Konkurrenzgesellschaft Platz, die wenig Gnade kannte. Umso wichtiger wurde die Rolle des Präsidenten. Die Mordraten stehen in umgekehrtem Verhältnis zu seiner Popularität, die ihrerseits ein Indikator für die Befindlichkeit der Gesellschaft ist. Ist der Präsident beliebt, sind die Raten recht niedrig, ist er unbeliebt, sind sie hoch. Ein verblüffend genauer Indikator, fand Roth heraus, ist auch die Anzahl neuer Verwaltungsbezirke, die nach Nationalhelden benannt sind. In den Zwanziger- und Dreissigerjahren des 19. Jahrhunderts, als dies Mode wurde, war die Mordrate am niedrigsten. Als das Volk aufhörte, sich über seine Heroen zu identifizieren, stieg sie. In Europa ist man sich kaum bewusst, wie tiefe Wunden der amerikanische Bürgerkrieg von

1861 bis 1865 hinterlassen hat. Der letzte Teilnehmer starb in den Fünfzigerjahren des 20. Jahrhunderts; die Nachwirkungen eines Hasses, der Bruder gegen Bruder kämpfen liess, spiegeln sich bis heute auf der politischen Landkarte der USA. Der besiegte und vom Norden besetzte Süden, die ehemaligen Sklavenstaaten, verzeichnen am meisten Morde, und wann immer Rasse, Ethnizität oder Religion politisch-demagogisch bewirtschaftet werden, nimmt ihre Anzahl zu.

Bruder gegen Bruder

Roths Werk bietet eine Fülle von faszinierendem Material. Der Autor überzeugt, wo er monokausale Thesen zerpflückt. Der Verführung zu einfachen Erklärungen erliegt aber auch er, kann doch über den Zusammenhang zwischen der Mordrate und der politischen Befindlichkeit der Bevölkerung in früheren Zeiten meist nur spekuliert werden. Es mangelt an zuverlässigen Quellen, welche die These überzeugend untermauern könnten. So oder so, das Fazit ist desillusionierend. Wie unterschiedlich die Faktoren auch sind, die zur Erklärung der Gewalt genannt werden, gewiss ist, dass keine einzelne Massnahme daran rasch etwas ändern würde. Kein politischer Willensakt kann die nötigen gesellschaftlichen Bedingungen schaffen. Die Polarisierung, die mit Präsident George W. Bush neue Höhen erreicht hat und seither kaum davon heruntergekommen ist, gibt nicht Anlass zu Optimismus. Hiphop-Musiker, die konservative Politiker verunglimpften, meint Roth, seien für das gehässige Klima ebenso verantwortlich wie fundamentalistische Christen, die ihre Kinder lehrten, die Regierung sei die Verkörperung des Bösen.

Obwohl die Kriminalitätsrate in den letzten fünfundzwanzig Jahren um fünfzehn Prozent gesunken ist, hat sich die Anzahl der Gefängnisinsassen vervierfacht. Heute sitzt in den USA einer von hundert Erwachsenen ô das sind 2,3 Millionen insgesamt ô hinter Schloss und Riegel. Die Tatsache, dass vierzig Prozent aller Mörder nicht gefasst werden, ist ebenso beunruhigend wie die Indizien dafür, dass die Gefängnisse mehr Kriminelle produzieren, als sie von der Strasse holen. Die Todesstrafe, ein weiterer Anachronismus Amerikas, spiegelt nur die Gewalt, die sie eindämmen soll. Was, wenn die Waffengesetze verschärft würden? Um die Verwirrung vollständig zu machen, argumentieren auch einige Wissenschaftler, dass die Erlaubnis, zur Verteidigung «versteckte Waffen» zu tragen, der abschreckenden Wirkung wegen zu einer Senkung der Mordrate geführt habe. Roth ist nicht dieser Meinung. Er befürwortet restriktive Waffengesetze, vorab die von Obama versprochene Erneuerung des Verbots der halb automatischen Schusswaffen. Nur glaubt er nicht, das Problem wäre damit gelöst. Nach seinen Untersuchungen ist das so realitätsfremd wie das Trugbild, das Amerikas Waffennarren von der Schweiz hegen als dem Land, wo jeder seinen Schrebergarten mit dem Sturmgewehr verteidigt.

Peter Haffner ist redaktioneller Mitarbeiter des «Magazins». Er lebt in Kalifornien.

p.haffner@sbcglobal.net

Quelle: Das Magazin 2010/10 (Webausgabe)